

Am Weltfriedenstag gegen europäische Rüstungs- exporte

Von Thomas Carl Schwoerer

Am UN-Weltfriedenstag, dem 21. September, führte das Bündnis „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ eine Kundgebung vor der Hugenottenhalle neben einem Waffenthron durch. Es forderte damit das Ende europäischer Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete. Dem waren am Vortag zwei Veranstaltungen in Frankfurt vorausgegangen.



Sandra Scholz, Pfarrerin für gesellschaftliche Verantwortung und Ökumene im Dekanat Dreieich

Foto: Hannelore Kaus-Schwoerer

Während der Kundgebung zitierte Sandra Scholz, Pfarrerin für gesellschaftliche Verantwortung und Ökumene im Dekanat Dreieich, die Jahreslosung der Evangelische Kirche „Lass ab vom Bösen und tue Gutes. Suche den Frieden und jage ihm nach.“ Diese Losung fordere dazu auf, uns immer wieder für Frieden einzusetzen, und betone, dass Frieden möglich sei und mit Gerechtigkeit zu tun habe. Als Vorbild verwies Sandra Scholz auf Abigail im zweiten Buch Samuel, die wagemutig und erfolgreich zwischen die Fronten ging. Der Einsatz von Waffen habe selten oder nie zum Frieden geführt; gewaltfreie Methoden dienten viel mehr dem Frieden. Die bestehenden Regeln für Rüstungsexporte müssten endlich eingehalten und Europa von Atomwaffen und autonomen Waffen frei werden.



Herbert Hunkel, Bürgermeister für den Frieden

Herbert Hunkel, Bürgermeister für den Frieden der Stadt Neu-Isenburg, verwies auf den Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September vor 80 Jahren durch den Überfall deutscher Truppen auf Polen. Er betonte die historische Verantwortung der Deutschen und forderte jeden Einzelnen auf, sich für Frieden, Toleranz, Menschlichkeit, Solidarität mit Minderheiten, faire Asylverfahren, eine faire weltweite Verteilung von Ressourcen, den nachhaltigen Umgang

mit der Umwelt und gegen den Export von Waffen einzusetzen. Der Einsatz für Frieden sei vielleicht wichtiger denn je. Er dankte dem Friedensbündnis für sein „großartiges Engagement“.

Pfarrer i. R. Matthias Loesch zeigte im Namen der Flüchtlingshilfe Neu-Isenburg die engen Zusammenhänge zwischen Friedens- und Klimapolitik auf und erklärte die Solidarität des Bündnisses mit den Demonstrierenden des Vortags. Kriege fänden zunehmend als Folge des Klimawandels statt. Notwendig sei eine starke Bewegung „peace for future“. Ein und dieselben Politiker würden die Notwendigkeit der Beseitigung von Fluchtursachen im Ausland betonen und zugleich Waffen dorthin liefern. Diese Politik gebäre immer neue Flüchtlingsbewegungen. Es müsse Schluss sein mit Geschäften mit dem Tod, insbesondere mit Rüstungsexporten an Unrechtsregime und in Krisengebiete. Die Friedensengagierten seien Realisten, denn Zukunft setze Frieden voraus, und dafür müsse man handeln.



Thomas Carl Schwoerer, Bundessprecher DFG-VK

Für den Gesprächskreis für Frieden und Demokratie Neu-Isenburg wendete sich Thomas Carl Schwoerer, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, gegen die These, die deutschen Exportrichtlinien seien zu streng im europäischen Vergleich und müssten verwässert werden, um den Export europäischer Gemeinschaftsprojekte an kriegsführende Staaten zu ermöglichen. Vielmehr würden die Regeln des Europäischen Rates Exporte in Kriegs- und Krisenregionen und an menschenrechtsverletzende Staaten seit 2008 verbieten. Das träfe auf Saudi-Arabien zu, das Krieg im Jemen völkerrechtswidrig führe. Es gelte auch für die Vereinigten Emirate, die die Bundesregierung beliefern lasse, obwohl die Emirate südjemenitische Separatisten in ihrem Kampf gegen die jemenitische Regierung unterstützten. Diese rechtlich verbindlichen Regeln müssten eingehalten werden. Deutschland müsse ein umfassendes und unbefristetes Rüstungsexportverbot gegenüber allen Mitgliedern dieser Kriegscoalition verhängen, solange diese am bewaffneten Konflikt beteiligt sind oder die Gefahr besteht, dass deutsche Rüstungsgüter zu Menschen- und Völkerrechtsverletzungen

im Jemen beitragen. Dieses Verbot dürfe keine Ausnahmen für Komponentenlieferungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsprojekte und bereits erteilte Exportgenehmigungen zulassen. Entsprechend habe das Europäische Parlament im November letzten Jahres die europäische Praxis der Rüstungsexporte verurteilt und die Einhaltung besagter Regeln des Europäischen Rates gefordert.

Im ersten Halbjahr 2019 habe die Bundesregierung stattdessen Exporte in Höhe von rund einer Milliarde Euro an Staaten dieser Kriegscoalition genehmigt, einschließlich Saudi-Arabien, trotz des Exportstopps gegen das Land. Berichten zufolge kämen Kriegsschiffe deutscher Herkunft vor den Küsten des Jemen sowie Kleinwaffen deutscher Konstruktion und Kampfflugzeuge mit deutschen Teilen dort zum Einsatz. Die Türkei wiederum setze deutsche Leopard-Kampfpanzer in ihrem Angriffskrieg gegen die syrischen Kurden ein. Es sei ein Skandal, dass unser Land trotz seiner Geschichte zu den weltweit fünf größten Rüstungsexporturen gehöre. Ein Drittel von Deutschlands Waffenexporten gehe in die Krisenregion Nahost/Nordafrika – an erster Stelle Algerien, wo gerade Massendemonstrationen stattfänden.

Waffen an Kriegsparteien zu liefern, sei wie Öl ins Feuer zu gießen. Sie verlängerten den Krieg nur und gerieten unweigerlich über kurz oder lang in die falschen Hände. Zum Beispiel stammten die Waffen des IS größtenteils aus den USA, Russland und Deutschland und wurden von der irakischen und syrischen Armee gestohlen. Wer Waffen säe, werde Flüchtlinge ernten.

Die beiden Themen Klimapolitik und Rüstung gehörten zusammen: Krieg sei der Klima-Killer Nr. 1, und Kriegsgeräte verbrauchten enorme Mengen an Treibstoff und Energie, ihre Produktion und Einsatz setzten unendlich viel Kohlendioxid frei.

Arbeitsplätze würden durch Rüstungsexporte kaum gesichert. Nur 0,2 Prozent der Beschäftigten arbeiteten in der Rüstungsindustrie, und Investitionen schafften im zivilen Bereich deutlich mehr Arbeitsplätze als dort, wo die Produktivität besonders hoch sei. Die Rüstungsproduktion könne also aus beschäftigungspolitischer Sicht in nicht-militärische Industrien umgewandelt werden.

Pax Christi und der Weltladen Neu-Isenburg waren Mitveranstalter der Kundgebung, die von Anne Duda musikalisch begleitet wurde.

Thomas Carl Schwoerer ist Verleger, Autor und Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen.

Fotograf: Rüdiger Grölz